

# Ordnungswidrigkeiten - Bußgeld - Verkehrs-Strafrecht

Drohen ein Fahrverbot oder die Entziehung der Fahrerlaubnis, ist nicht selten der Arbeitsplatz des Betroffenen gefährdet. Hier geht es darum, möglichst frühzeitig die geeigneten Maßnahmen einzuleiten, um existenziell bedrohliche Konsequenzen von dem Betroffenen abzuwenden.

In letzter Zeit müssen sich die Behörden immer häufiger Fehler bei Zustellungen von Bußgeldbescheiden vorwerfen lassen. Solche Verfahren enden in der Praxis häufig mit Einstellungen wegen so genannter Verfolgungsverjährung.

Im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsüberschreitungen stellt sich im Laufe eines Verfahrens nicht selten die Untauglichkeit eines Messgerätes heraus oder die nicht auszuschließende Möglichkeit falscher Messungen. Ist der Betroffene beruflich auf seine Fahrerlaubnis angewiesen, besteht die Möglichkeit, dass von einem Fahrverbot abgesehen werden kann - gegen geringe Erhöhung der Geldbuße.

Die Erfolgsaussichten einer Verteidigung lassen sich oft erst nach Einsicht in die behördliche Ermittlungsakte ermitteln, weshalb die Einschaltung eines Verkehrsanwaltes in einem frühen Stadium sinnvoll ist.

Besteht eine Rechtsschutzversicherung, hat der Betroffene durch die Einschaltung eines Anwalts keinerlei Kostenrisiko, wenn ihm kein vorsätzliches Handeln nachgewiesen werden kann.